

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 59 A

BERLIN • Donnerstag, den 10. März 1932

1 JAHRGANG

Thälmann oder Hindenburg?

Von Gustav Heckmann.

Antwort auf Einwände.

Die Situation, in der die deutsche Präsidentenwahl stattfindet, ist so: Einerseits eine Fülle reaktionärer Vorstöße: Lohnabbau, Faschismus, Kriegsgefahr, Zentrums herrschaft; dazu das Chaos der Krise, aus der die Kapitalisten bisher keinen Ausweg finden oder den möglichen Ausweg nicht beschreiten wollen. Andererseits eine gespaltene Arbeiterschaft. Diese Situation führt unvermeidlich dazu, daß die wirtschaftliche und politische Krise auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen wird — es sei denn, die Arbeiterklasse beginnt endlich wieder, der Kapitalistenklasse eine Macht entgegenzusetzen.

Das kann nur geschehen durch eine disziplinierte Klassenpolitik der Arbeiterschaft in Tagesfragen; denn die grundsätzlichen Fragen, die die Arbeiterparteien trennen, liegen zu tief, als daß sich die Arbeiterschaft in kurzer Zeit über sie einigen könnte. Wenn die Klassenpolitik in den Tagesfragen nicht gelingt, wird die Arbeiterschaft immer weiter abrutschen; es bleibt ihr dann letzten Endes nur die demoralisierende Wahl, auf welcher der verschiedenen Rutschbahnen, die ihr von der Bourgeoisie zur Auswahl gelassen werden, sie den Rutsch antreten will: ob auf der Bahn HITLER oder der Bahn HINDENBURG oder der Bahn BRÜNING u. s. w.

Es geht demnach auch bei dieser Präsidentenwahl für die Arbeiterschaft um nichts Geringeres, als zu verhindern, endlich dem weiteren Abrutschen Einhalt zu gebieten. Dazu bietet diese Wahl eine ausgezeichnete Gelegenheit, sie fordert geradezu heraus zu einer Klassenaktion in einer verhältnismäßig einfachen Tagesfrage.

Damit ist der Gesichtspunkt für unsere Entscheidung in der Frage der Präsidentenwahl klar: unser nächster Marschrichtungspunkt bei dieser Aktion ist der Wahlkampf mit einem gemeinsamen Arbeiterkandidaten. Solange hierfür noch eine Chance besteht, solange die Hindernisse, die einer vernünftigen Klassenpolitik der Arbeiterschaft in den Weg gesetzt werden, noch eine schmale Durchfahrt zu jenem Teilziel offen lassen, so lange gilt es, mit ruhiger Sicherheit das Steuer auf jene Durchfahrt zu halten. Wir sind überzeugt, daß diese und keine andere politische Linie in diesem Wahlkampf den Namen einer Klassenpolitik der Arbeiterschaft verdient.

Heute besteht noch eine Chance, das bezeichnete Teilziel, Wahlkampf mit einem gemeinsamen Arbeiterkandidaten, zu erreichen, obwohl es für den ersten Wahlgang nicht mehr möglich ist. Die Chance ist der zweite Wahlgang. Wir müssen also das Zustandekommen eines zweiten Wahlganges anstreben, also alles tun, um den ersten Wahlgang unentschieden zu machen. Das ist das erste.

Bereits an dieser Stelle erhebt sich der erste Einwand besorgter Gemüter. Er klingt an in dem Aufruf, in dem der ADGB zur Wahl HINDENBURGS auffordert. Dort steht: „Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer rücksichtslosen Sonderkandidatur HITLER oder HUGENBERG in den Sattel helfen.“ Wieso HUGENBERG? Die Ueberlegung, die dem angeführten Satz zu Grunde liegt, ist folgende: Die Kandidatur DUESTERBERG hat die Bedeutung, HUGENBERGS Schlüsselstellung für den zweiten Wahlgang zu sichern. HUGENBERG spekuliert darauf, daß die DUESTERBERG-Stimmen beim zweiten Wahlgang den Ausschlag geben werden für die Entscheidung: HITLER oder HINDENBURG? Was wird HUGENBERG dann tun? Neulich im Sportpalast hat er dazu nur gesagt: „Das bitte ich, freundlichst mir zu überlassen.“ Zweifelloser wird der gerissene Geschäftsmann dann HINDENBURG unter Druck setzen: entweder Regierungsumbildung nach rechts mit maßgebendem Einfluß HUGENBERGS oder die DUESTERBERG-Stimmen werden zu HITLER abkommandiert. Und dann? Dann bleibt — so wird behauptet — nur die Wahl zwischen HITLER und einem von HUGENBERG geschobenen (von der SPD unterstützten) HINDENBURG. Also — so schließt man weiter — setzen wir alle Kräfte dafür ein, daß ein von HUGENBERG noch unabhängiger HINDENBURG im ersten Wahlgang siegt!

Löbe an die Kommunisten

Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!

LÖBE hat einen offenen Brief an die Kommunisten gerichtet:

„Meine Herren Kommunisten! Keiner von Euch will, daß am Abend des 13. März Herr GOEBBELS oder Herr MÜNCHMEYER grinsend den Sieg ADOLF HITLERS verkündet! Jeder von Euch würde diesen Erfolg des Faschismus wie einen Schlag ins Gesicht empfinden!

Ist aber einer unter Euch, der glaubt, der Kandidat THÄLMANN kann Herrn HITLER aus dem Felde schlagen und seinerseits den Sieg davontragen? ...

Bei der Reichspräsidentenwahl aber steigert der Zählkandidat THÄLMANN wie jeder andere die Aussichten der Faschisten. Jede Mehrstimme, die THÄLMANN erhält fehlt dem einzigen wirksamen Kandidaten, der HITLER schlagen kann. Mit jeder Stimme für THÄLMANN wird eine solche für HITLER wirksam — das ist die zwar unbequeme, aber unvermeidliche Folge bei dieser Wahl. Sie hat uns Sozialdemokraten in eine Zwangslage gebracht, die wir nicht umgehen können, sie sollte aber auch Euch zum Nachdenken zwingen. ...

Oder gibt es wirklich deutsche Kommunisten, die angesichts dieser Sachlage meinen, THÄLMANN kann zwar HITLER nicht schlagen, aber er soll ihn auch nicht schlagen, denn HINDENBURG ist gleich HITLER, BRÜNING gleich FRICK? ...

LÖBE setzt dann ausführlich auseinander, inwiefern ein Regime HITLER schlimmer ist als ein Regime HINDENBURG-BRÜNING. Er schließt:

„Es ist eine alberne Redensart, HINDENBURG sei gleich HITLER. Deshalb wollt Ihr auch nicht, daß HITLER siegt. ... Wer unter Euch hat Mut genug, daraus den allein möglichen Schluß zu ziehen?“

Wir begrüßen es zunächst, daß über die Kluft der Parteidifferenzen hinweg überhaupt ein Wort gewechselt wird. Aber gerade im Interesse der sorgsam Anbahnung eines Zusammengehens hätten wir gewünscht, daß LÖBE zu den Kommunisten in dieser Sache mit mehr Ernst gesprochen hätte, mehr Ernst im Ton („Meine Herren Kommunisten!“), vor allem aber in der sachlichen Erwägung. Wenn LÖBE sich an die vielen kommunistischen Genossen wendet, die durch die

AUS DEM INHALT:

Arbeitslosigkeit stabil?
Sklaverei in Südafrika.
Niederlage der Arbeiter.
Der Bauer und der Staat.
Krieg und Kriegsgeschrei.
Die Verfassung des Staatenbundes.
Die Rossebändiger.
Studentenunruhen in Paris.

„alberne Redensart“: „HINDENBURG-BRÜNING ist nicht schlimmer als HITLER“ nicht überzeugt worden sind und die die Spekulation, nach dem Faschismus würde unvermeidlich der Kommunismus kommen, für unverantwortlich halten, wenn LÖBE zu diesen Genossen überzeugend sprechen will, dann darf er nicht mit so wenig überzeugenden Behauptungen kommen wie denen, daß der Sieg HITLERS am 13. März nur durch Stimmabgabe für HINDENBURG verhindert werden könnte, daß die SPD in der „Zwangslage“ gewesen sei, für HINDENBURG zu stimmen, daß es jetzt der „allein mögliche Schluß“ sei, HINDENBURG zu wählen. Alle diese Argumentationen haben wir in unserem heutigen Leitartikel widerlegt.

Das einzige, was hier überzeugen kann, ist: die äußersten Anstrengungen zum Aufbau einer Klassenfront aufzubieten, Tun Sie dies, Genosse LÖBE! Welche Möglichkeiten dazu noch jetzt vorhanden sind, haben wir im Leitartikel ausgeführt.

Aus dem Fernen Osten.

Schanghai. / Mandchurische Republik. / Genf.

In Schanghai scheinen sich neue Kämpfe vorzubereiten. Nach einer russischen Meldung ist der Versuch der japanischen Behörden, das normale Leben in Tschapei und Wusung wieder zu regeln, völlig mißlungen. Trotz des Aufrufs der Behörden, in dem allen Chinesen in Tschapei die politische und persönliche Freiheit zugesichert wird, fliehen die Chinesen nach Nanking und anderen chinesischen Städten. In Schanghai versuchten die Japaner, die japanische Einfuhr zu fördern. Aber die chinesischen Arbeiter streikten und luden die japanischen Schiffe nicht aus. Daraufhin wurden aus Yokohama japanische Arbeiter herangeholt.

Die Chinesen haben die Eisenbahnlinie von Schanghai nach Hangschao aufgerissen und das Eisenbahngebiet geräumt. Schanghai ist damit vorläufig von seinem Hinterland auf dem Landwege völlig abgeschnitten.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet, daß TSIANGKRAISCHER zum Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte ernannt worden sei.

Der japanische Oberbefehlshaber hat die Absendung eines neuen Ultimatus an die chinesischen Behörden angeordnet. Die Japaner fordern darin die Zurückziehung der chinesischen Truppen um weitere 10 km, d. h. im

ganzen ihre Zurückziehung auf eine Entfernung von 45 km von Schanghai. Sollten die Chinesen diesem Verlangen nicht nachkommen, so würden die Japaner die Feindseligkeiten wieder eröffnen. Begründet wird diese Forderung mit dem Hinweis auf die chinesischen Truppenanhäufungen an der Schanghai Front. Die Japaner fürchten einen Einbruch der Chinesen in die 20-km-Zone.

Während die Japaner in Schanghai noch sehr um ihre Stellung ringen, scheinen sie sich in der Mandchurei sicherer zu fühlen. Nach einer Meldung aus Charbin hat eine japanische Division den Befehl erhalten, sich aus der Mandchurei zurückzuziehen und sich nach Schanghai zu begeben. Sie wird dort jetzt offenbar dringender gebraucht. In der Hauptstadt der neuen mandchurischen Republik, Tschangtschung, soll am Mittwoch die Gründung der Republik feierlich begangen werden. Am Dienstagabend traf der Präsident PUJI ein. Er wurde am Bahnhof vom japanischen Konsul, mandchurischen Generalen — unter ihnen General MA — und mongolischen Prinzen und Ministern des neuen Staates empfangen. Unter den gekreuzten Fahnen

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Diese „Argumentation“ übersieht geflissentlich, daß gegenüber einem derartigen Handel HUGENBERGS eine dritte und saubere Möglichkeit besteht: die SPD verläßt die HINDENBURG-Front und nötigt die KPD zu einem gemeinsamen Arbeiterkandidaten. Oder: die KPD nötigt die SPD, die HINDENBURG-Front zu verlassen und einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Oder der ADGB, dessen Stimme als die einer überparteilichen Organisation hier besonders ins Gewicht fallen würde, ergreift die Initiative in diesem Sinne. Ein linker Einheitskandidat, der geeignet ausgewählt wäre — sagen wir, um die Ausflucht zu widerlegen, daß es einen geeigneten nicht gäbe: z. B. LÖBE —, könnte sicher nicht von HITLER, ge-

schweige von GOEBBELS geschlagen werden. Da es bei dem Hochmut HITLERS und seiner Hintermänner unwahrscheinlich ist, daß sich die NS. ohne Konzessionen mit den übrigen Bürgern auf einen gemäßigteren Kandidaten, etwa HINDENBURG, einigen, daß also für einen zweiten Wahlgang mit gespaltener bürgerlicher Front zu rechnen ist, hätte dann ein Einheitskandidat der Arbeiterschaft sogar bedeutende Chancen.

Es ist also einfach nicht wahr, daß — wie die „Gewerkschaftszeitung“ in einem Leitartikel behauptet — „die zeitgeschichtliche Lage ... der Arbeiterbewegung keine Aussicht“ bietet. „auf sich selbst gestellt, bei der Reichspräsidentenwahl einen Schritt vorwärts zu tun“.

Dem steht, soweit wir bei aufmerksamer Beobachtung entdecken können, nur eins im Wege: das Nichtwollen der entscheidenden Stellen, nämlich der Leitungen von KPD, SPD, ADGB. Diejenige dieser Zentralen, die sich zur Rechtfertigung ihres Nichtstuns in der Frage der Einheitsfront auf das Nichtwollen der anderen beruft, fragen wir: weshalb macht ihr dann nicht, für die gesamte Arbeiterschaft weithin sichtbar, alle erdenklichen Anstrengungen, um die Nichtwollenden zum gemeinsamen Vorgehen zu nötigen?

Ein Wort noch an die Genossen, die zwar eine Einheitsfront möchten, aber von vornherein wegen der Unvernunft der genannten Zentralen nicht mit dem Zustandekommen einer Einigung rechnen. Die Chance, die Zentralen zur Vernunft zu bringen, mag noch so gering sein, die Durchfahrt zwischen den Klippen der Unvernunft noch so schmal: für uns erwächst daraus, wie gesagt, die Aufgabe, das Steuer mit ruhiger Sicherheit auf jene schmale Durchfahrt zu halten. Wie soll es gelingen, der Stimme der Vernunft im politischen Leben wieder Gehör zu verschaffen, wenn diejenigen, die sie hören, darin nachlassen, ihr zu folgen — mit der Begründung: die anderen gehen doch nicht mit?

Die schmale Durchfahrt besteht, wie ich gezeigt habe, im zweiten Wahlgang. Wir müssen deswegen alles tun, um ihn herbeizuführen und den ersten unentschieden zu machen. Daraus folgt für den ersten Wahlgang: alles tun, um zu verhindern, daß ein Kandidat mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhält; das heißt: auf jeden Fall wählen, aber keinen von beiden Hauptkandidaten dieses Wahlganges, also nicht HITLER und nicht HINDENBURG.

Für die Bevorzugung THÄLMANNs unter den fünf Kandidaten des ersten Wahlganges spricht von vornherein der Umstand, daß er der Arbeiterklasse angehört als ein für sie kämpfender Vertreter. Das einzige, was gegen seine Wahl im ersten Wahlgang zu sprechen schien, waren gewisse Argumente für HINDENBURG. Im ersten Wahlgang für HINDENBURG zu stimmen, kommt aber nach unseren Überlegungen nicht in Frage.

Damit liegt die Entscheidung zu Gunsten THÄLMANNs klar.

An dieser Entscheidung ändert auch der an sich richtige Hinweis nichts, daß der KPD durch eine unerwartet hohe Zahl von THÄLMANN-Stimmen „der Kamm derartig schwellen“ könnte, daß es noch schwerer sein wird, sie zum Zurückstellen der Parteikandidatur THÄLMANNs zu Gunsten eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten zu bewegen. Eine unerwartet hohe Zahl von THÄLMANN-Stimmen würde andererseits zeigen, welche Chancen erst ein Einheitskandidat der Arbeiterschaft haben würde, und das spricht dafür, für eine hohe Zahl von THÄLMANN-Stimmen zu arbeiten. Das Argument vom Schwellen des Kamms beweist übrigens gewiß nicht das, was es beweisen sollte: nämlich die Notwendigkeit, HINDENBURG zu wählen. Denn auch der HINDENBURG-Kamm der SPD kann schwellen.

Einige weitere Einwände, die gegen unsere Wahlparole erhoben worden sind, brauche ich nur noch zu nennen, um festzustellen, daß sie auf Grund der bisherigen Überlegungen bereits entkräftet sind.

„Durch die Parole: Wählt THÄLMANN! schwächt ihr die HINDENBURG-Front.“ Eben; das gerade wollen wir, weil wir wollen, daß eine andere Front aufgebaut wird.

„Ihr erschwert den endgültigen Sieg HINDENBURGs im zweiten Wahlgang, wenn ihr seine Stimmenzahl im ersten Wahlgang herabdrückt.“ Richtig. Wir erstreben eben nicht den endgültigen Sieg HINDENBURGs, sondern den endgültigen Sieg eines proletarischen Einheitskandi-

daten. Darauf zu verzichten, kann uns bisher vernünftigerweise nichts veranlassen.

„Jede Stimme für THÄLMANN ist eine Stimme für HITLER.“ Stimmt nicht! Wer so sagt, vergißt, daß vom ersten Wahlgang die Rede ist; und da ist jede Stimme für irgendeinen anderen Kandidaten als HITLER eine Stimme gegen HITLER; denn Sieger im ersten Wahlgang ist nur, wer mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhält.

„THÄLMANN ist ein bloßer Zählkandidat.“ Worin die Bedeutung der Stimmabgabe für THÄLMANN im ersten Wahlgang liegt, habe ich gesagt. Ob man das als Zählkandidatur oder anders bezeichnet, darauf kommt es nicht an. Worauf es ankommt, ist, daß die Stimmabgabe für THÄLMANN im ersten Wahlgang das Zustandekommen einer gemeinsamen Arbeiterkandidatur im zweiten Wahlgang vorbereitet hilft. Unter diesen Umständen wegwerfend von einer bloßen Zählkandidatur zu reden, trifft jedenfalls am Kern der Sache vorbei. Die Keime zu einer Einheitsfront sind äußerst zart und bedürfen sorgsamer Pflege. —

Aus dem Fernen Osten.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Japans und der Mandschurei bestieg er seinen Wagen und fuhr durch ein langes Spalier von japanischen und mandschurischen Truppen, hinter denen sich die Menge verbogte.

Der japanische Ministerpräsident INUKAI erklärte der Presse, der neue mandschurische Staat werde große Schwierigkeiten haben, die Anerkennung der Großmächte zu erhalten. Der Feldzug der Nanking-Regierung gegen die Mandschurei schaffe neue Gefahren. Aber Japan werde nicht zulassen, daß die Mandschurei wieder durch einen Bürgerkrieg erschüttert werde.

Die allgemeine Aussprache über den chinesisch-japanischen Streitfall in der Vollversammlung des Völkerbundes ist am Dienstag zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Zunächst soll jetzt das Präsidium der Vollversammlung zusammen mit den Mächten, die praktische Vorschläge für die Beilegung des Konflikts vorgebracht haben, Sonderberatungen anstellen, um so eine Entschließung für die endgültige Stellungnahme des Völkerbundes auszuarbeiten.

Die allgemeine Aussprache hat mehr und mehr dahin geführt, Japan zu isolieren. Fast alle Redner verlangten, daß der Völkerbund energische Maßnahmen ergreifen solle, um seine Satzung Japan gegenüber durchzusetzen. Als zum Schluß der Aussprache noch einmal die Vertreter der beiden streitenden Mächte das Wort erhielten, dankte YEN der Versammlung für ihre fast einmütige Haltung, mit der sie für die bedingungslose Durchführung des Völkerbundespaktes eingetreten sei. Unter starkem Beifall wiederholte er seine Forderung, daß der Völkerbund nach dem Scheitern monatelanger Vermittlungsversuche nun die übrigen im Völkerbundespakt vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen habe. Der japanische Vertreter SATO wurde mit Schweigen begrüßt. Er wiederholte seine schon oft vorgetragene Verteidigung für das japanische Vorgehen.

Wieviel von Sympathieumgebungen für China zu halten ist, zeigt eine Äußerung des englischen Außenministers, SIMON, gegenüber dem Berichterstatter des „Daily Mail“. SIMON erklärte, daß England sich auf keinen Fall an irgendwelchen Zwangsmaßnahmen gegen Japan beteiligen könne. Es sei die Pflicht des Völkerbundes, die Beilegung des Streitfalles durch Vermittlung und nicht durch Zwang herbeizuführen, durch den der eine Teil verbittert werden würde. Er sei der Ansicht, daß diejenigen Staaten, die ein scharfes Vorgehen gegen Japan forderten, auf dem falschen Wege seien. Der Völkerbund müsse eine Entschließung fassen, die einerseits die Grundsätze des Völkerbundesstatuts aufrecht erhalte, andererseits Japan die Möglichkeit gebe, zu einer Vereinbarung auf der Grundlage einer dauernden Freundschaft zu kommen. Jede Lösung, durch die die eine oder die andere Partei benachteiligt würde, sei unannehmbar.

Die chinesische Regierung hat beschlossen, die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Rußland zunächst hinauszuschieben. Dieser Beschluß scheint durch den Einfluß TSIANGKAISCHES herbeigeführt worden zu sein.

Soviel zu den Einwänden, die uns gemacht worden sind. Was ihnen zu Grunde liegt, ist schließlich das Gleiche, was viele Genossen von der KPD-O und von der SAP veranlaßt, bei ihrer Einheitsfrontpolitik von vornherein zu versichern, als Einheitskandidat komme für sie natürlich nur THÄLMANN in Frage. Das ist ein Kapitulieren vor der Unvernunft der anderen. Worauf es aber hier ankommt, ist, auf dem einsamen Posten der Vernunft auszuharren bis zur nachweislich letzten Möglichkeit. Ohne Aufbietung dieser moralischen Energie wird es nicht gelingen, einer Politik der Vernunft und der Einheitsfront allmählich Geltung zu verschaffen.

Und was, so fragt man uns, soll geschehen, wenn alle Bemühungen um einen Einheitskandidaten auch für den zweiten Wahlgang gescheitert sind? Auf dergleichen Fragen antwortete NELSON wohl: darüber zu reden, wird sich lohnen, wenn jenes Wenige erreicht sein wird. Jenes Wenige ist hier: alle Anstrengungen für das Zustandekommen eines Einheitskandidaten aufzubieten.

Italien zum Donaubund-Plan.

1 Rom, 8. März.

In seiner Antwort auf die französische Denkschrift über den geplanten Donau-Bund erklärt Italien seine grundsätzliche Zustimmung und weist auf seine stete Bereitschaft zur Mitarbeit an der wirtschaftlichen Gesundung Mitteleuropas hin.

In den kurzen Stellungnahmen zu der Denkschrift der italienischen Regierung über die Frage der Donauländer unterstreicht die Presse die italienische These zu Gunsten direkter Abkommen mit den einzelnen Ländern. In erster Linie wird auf Oesterreich und Ungarn hingewiesen, die den Krieg verloren und unter seinen Folgen am meisten zu leiden hätten. Ihre frühere wirtschaftliche Gemeinschaft sei zerstört. Dazu komme, daß ihnen auch die natürlichen Absatzgebiete fehlten. Im halbamtlichen „Giornale d'Italia“ betont GAIDA, daß diese beiden Länder aus der Finanzhilfe bisher am wenigsten Nutzen gezogen hätten und die anderen Staaten in der Nachkriegszeit auf Grund politischer Zusammenarbeit finanziell viel mehr berücksichtigt worden seien. Die „Tribuna“ hebt hervor, Italien habe in seiner Antwort auf die französische Denkschrift klargestellt, daß es gewillt sei, an der Gesundung der Donauländer mitzuwirken. Man müsse diese Länder ohne Zögern aus der gegenwärtigen schwierigen Lage befreien, und zwar ohne sich erst in Hypothesen zu verlieren.

Italienisch-spanisches Wirtschaftsabkommen.

1 Rom, 8. März.

Die italienisch-spanischen Wirtschaftsvorhandlungen, die seit November 1931 im Gange sind, haben ihren Abschluß in einem Abkommen gefunden, das in diesen Tagen unterzeichnet werden soll. Das Abkommen sieht die Meistbegünstigungsklausel für einige Erzeugnisse vor, deren Austausch im besonderen Interesse beider Länder liegt. Der bisherige Handelsvertrag, der am 20. Februar abgelaufen war, ist bis zum Inkrafttreten des neuen verlängert worden.

Die russischen Nichtangriffsverträge.

6 Moskau, 8. März.

Die russischen Vertretungen in Helsingfors und Warschau haben die beiden Regierungen darauf aufmerksam gemacht, daß die im Januar unterzeichneten Nichtangriffsverträge mit Rußland noch nicht ratifiziert worden seien, obwohl sie innerhalb 30 Tagen hätten ratifiziert werden müssen. In Moskau wird erklärt, daß die Nichtratifizierung der beiden Verträge eine wesentliche Verschärfung der Lage mit sich bringe für die russische Politik im Osten Europas. Auch der französisch-russische Nichtangriffsvertrag, der im August vorigen Jahres unterzeichnet worden sei, wurde bislang nicht ratifiziert. Man betont, daß unter den heutigen Umständen die Verträge erheblich an politischer Wirkung eingebüßt hätten.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelrotter-Verlag, Berlin

(58. Fortsetzung.)

Das Gesicht des Duce ist regungslos. Sein Kinn ist noch eckiger geworden und baut sich drohend den drei Arbeitern entgegen. Wie? Die Straße fängt an, auch im faschistischen Italien zu maulen? Grenzenlose Wut kocht in Capponi. Unbarmherzig prasseln seine Worte auf die Arbeiter:

„Was wißt ihr von zwingender Not! Ihr verlangt tagaus, tagein Arbeit und Brot, aber ihr fragt nicht, woher beides kommt! Arbeit und Brot fallen nicht vom blauen Himmel, sie müssen jede Stunde neu erobert werden! Und wenn eines Tages die Bevölkerung Italiens keinen Lebensraum mehr hätte, würdet ihr euch dann nicht draußen vor meinem Palazzo zusammenrotten und mit Recht von mir Rechenschaft fordern? Mit Recht! denn ich hätte dann meine Pflicht versäumt. Ich bin aber weit davon entfernt, meine Pflichten zu vergessen! Es ist die Tragik der Völker, daß sie zu ihrem eignen Glück gezwungen werden müssen, und die Tragik der Führer, dafür verleumdet zu werden! Bildet ihr euch ein, daß ich Italiens Zukunft hinwerfe und erschrecke, weil ein paar tausend Arbeiter nicht denken können, weil ein paar Weichherzige schlotternde Knie bekommen?“

Der jüngste Arbeiter tritt auf den Duce zu und erwidert mit unterdrückter Leidenschaft: „Wir sind nicht weicherherzig, aber ein Trümmerhaufen ist kein Vaterland mehr. Dann ist es schon besser, vorher gehängt zu werden!“

„Das könnt ihr haben!“ höhnt der Duce zurück. Sein Unterkiefer verzerrt sich zur Maske. „Wühlmäuse kann ich in meinem Land jetzt nicht brauchen. Und die Pestbühle Mailand ist in Stunden ausgeräuchert. Darauf verlaßt euch. Vorläufig könnt ihr drei hinter festen Gittern über eure Pflichten nachdenken!“

Zwei Minuten später sind die Arbeiter als Gefangene abgeführt.

Capponi sitzt steif am Tisch wie einer, dem eine unheimliche Vision widerfuhr. Wer marschiert hinter den drei Halunken her! Tausend? Zehntausend! Wächst plötzlich aus dem Volk eine Saat, die er in zwölf Jahren nicht gewahrte? Ein faschistisches Italien, das meutert!

Capponi Faust kracht auf den Tisch. Eher steht die Sonne still! Ein paar Rebellen hier, ein paar Giftpilze dort... der Staat wird mitleidlos sein und zerstampfen, wer ihm zu trotzen wagt! — Capponi reißt den Hörer von der Telefonabgabe: „Dringende Verbindung mit dem Präfekten in Mailand...!“

Die Ratsherren in Genf haben das Rennen aufgegeben. Weder Italien noch Frankreich und Südslawien haben sich dem Genfer Diktat gefügt. Größer als der Respekt vor dem Genfer Kollegium ist die Furcht vor den bösen Absichten waffenstarrer Nachbar.

Auf ihren gepackten Koffern sitzen die vierzehn Weltweisen und denken über den Undank der Welt nach, die es sichtbarlich vorzog, zu fühlen, statt zu hören, und durch bittere Erfahrungen und mit blutendem Leib zur nächsten Stufe der Weisheit emporzuklimmen.

XIX.

Halb zehn Uhr vormittags ist die Auffahrt vor dem Palais Bourbon beendet. Tausend Autos parkieren längst des Quai d'Orsay, in der Rue de Bourgogne, weit hinein in den Boulevard Saint Germain und die Rue de l'Université. Stahlhelme und Gewehre gleißeln in der Morgensonne. Sonst sind die Asphaltstreifen leer. Auch die Seibrücken liegen verödet. Erst am jenseitigen Flußufer brandet die Pariser Bevölkerung wie ein mächtiger Strom, der aus seinem Bett herausdrängt. Fieberhafte Erwartung Hunderttausender, die zwischen Seine und Champs Elysées zusammengepfercht stehen, Leib an Leib, dumpf, geduckt, wie Angeklagte, die ihres Schicksalspruches gewärtig sind.

Die Zuhörertribünen im Sitzungssaal sind schon seit einer Stunde gesteckt voll. Die Tribüne der Reporter bildet ein summendes Menschenknäuel. In den Diplomatenlogen raunen alle Sprachen der Welt. Die beiden Ränge, die im

Halbkreis den intimen Saal umgürten, strahlen eine Aura aus, die in sich alle Nuancen menschlicher Leidenschaften, Gedanken und Wünsche, birgt und doch geeint wird durch die prickelnde Erwartung eines großartigen Schauspiels.

Die Szene, auf der sich das außergewöhnliche Schauspiel abrollen wird, ist noch verwaist: leere Ministerbänke, die Klappsitze der Abgeordneten noch hochgestellt, Rednertribüne und Präsidentenstuhl noch in feierlicher Oede. Nur die Schar der Saaldienen stolzigt würdevoll zwischen den leeren Bankreihen und vor den Saaleingängen. In ihren Frackuniformen, mit ihren gestärkten Hemdbrüsten, ihren metallenen Ketten um den Hals und den koketten Stoßdegen gleichen sie aufs Haar den Kammerherren einer entschwindenen Königszeit.

Draußen ertönt Trommelwirbel: historisches Signal zum Beginn der Sitzung.

Jetzt strömt es links und rechts durch die Türen herein. Minister, Staatssekretäre, Abgeordnete, alles bunt durcheinander. In wenigen Minuten ist der Saal gefüllt, Sitze klappern, Stimmen schwirren.

Vor der Ministerbank steht, die Mappe unter dem Arm, Baron Saint Brice. Neben ihm gestikuliert der Kriegsmminister Humette mit einem Dutzend Abgeordneter. Germaine de Bassancourt verfolgt mit heimlichen Blicken Rhée Landrux, die eben mit Broucq den Saal betritt und ihre hochschlenklige Gestalt unter Zuhilfenahme ihrer Ellenbogen durch die Gruppen schiebt. Langsam und feierlich besteigt der Kammerpräsident seinen Thron; der Frack sitzt ihm wie angegossen, sein blütenweißes Oberhemd schimmert, der lange, weiße Schnurrbart und das schlohweiße Haupthaar symbolisieren die Würde seines Amtes.

Im Türhahmen erscheint Brandt, im blauen Anzug. Er sieht verarbeitet aus. Bei seinem Eintritt entsteht plötzlich Stille. Aus einer der rechten Bankreihen tönt unbegründetes, aufreizendes Gelächter. Das Gelächter wird sofort von rechts bis zur Mitte aufgenommen, es steigert sich zu einer Teufelslache, zu boshafem Angriff. Das Ganze macht den Eindruck einer vorbereiteten Szene, dem Hauptspiel als Stimmung zeugender Auftakt vorangestellt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Niederlage der Arbeiter in Polen.

F. G. Unter der Überschrift: Ein Trauerspiel in der polnischen Schwerkisen-Industrie, veröffentlicht die „Metallarbeiterzeitung“ einen Bericht über die Lohnbewegung der polnischen Eisen- und Kohlenindustrie in Ostoberschlesien, über die seit Mitte Januar im „Funken“ laufend berichtet worden ist. Dieser Bericht zeigt, daß es der Regierung und den Schlotbaronen gelungen ist, mit Hilfe von Streikbrechervereinen, genannt „Polnische Berufsvereinigungen“, jede einheitliche Abwehraktion zu vereiteln. Das ist ihnen um so leichter geworden angesichts der 100 000 Arbeitslosen in der dortigen Schwerindustrie und dem nicht sonderlich starken Kampfwillen der Arbeiter. Das zeigen die Urabstimmungen und die mangelnde Solidarität der Arbeiter in den Ost- und oberschlesischen Eisenhütten, die dem Aufruf der sozialistischen Gewerkschaften zum Sympathiestreik für die 30 000 streikenden Dombrowaer Bergarbeiter keine Folge geleistet haben.

Der Kollege VICTOR KALINOWSKI schreibt in seinem Bericht: Der durch die Arbeiterorganisationen angekündigte Großkampf gegen den neuesten Lohnraub in der ostoberschlesischen Kohlen- und Hüttenindustrie ist dank der Uneinigkeit in der Arbeiterfront ins Wasser gefallen. Die Unternehmer sind dadurch zu einem billigen Triumph gekommen. Schon der am 25. Januar ergangene Schiedsspruch für die Hüttenindustrie, der die bestehende Lohnordnung bis zum 31. März verlängert, war insofern ein wirksamer Schlag gegen die Arbeiterfront, als der Schiedsspruch unter Mitwirkung von Arbeitervertretern zustande kam, die zu dieser Mitwirkung gar nicht berechtigt waren. Auf Beschluß der allgemeinen Betriebsrätekonferenz, (an der auch unternehmerfreundliche Verbände teilnahmen), war nämlich allen Verbänden eine Teilnahme an den Schlichtungsverhandlungen untersagt, weil eine Lohnsenkung schon im voraus zwischen Werksbesitzern und Regierung festgelegt war. Die Hüttenbesitzer haben den Schiedsspruch abgelehnt. Es ist zu erwarten, daß sie am 1. März die Lohnordnung wieder kündigen (was auch wirklich geschehen ist. Die Red.), und dann eine erhebliche Lohnminderung durchdrücken. Die Hüttenarbeiter werden dann keinen Widerstand leisten können, weil sie allein zu schwach sind. Da die Zahl der Arbeitstage selten über zehn im Monat hinausgeht, verdienen die Hüttenarbeiter auch selten über 100 Zloty monatlich, was nach unserer Währung etwa 45 Mark ausmacht. Und mit diesem Jammerlohn soll eine Familie ernährt werden! Demgegenüber erscheint die Absicht der Werksbesitzer, die Löhne um 25 Prozent zu kürzen, als eine ausgesuchte Unverschämtheit. Schon am 20. August 1931 wurden die Löhne um 10 bis 18 Prozent durch Schiedsspruch gesenkt. Damals erklärten die Werksbesitzer, daß diese Lohnsenkung ihnen die volle Beschäftigung der Arbeiter ermöglichte. Das war eine ganz gewöhnliche Finte, denn bald darauf setzten zahlreiche Betriebseinschränkungen, Feierschichten und Arbeiterentlassungen ein. Wurde doch die Zahl der Hüttenarbeiter von 45 000 im ersten Halbjahr 1931 auf 22 783 im Dezember oder um insgesamt 22 217 herabgesetzt!

Im Bergbau wurden die Löhne durch Schiedsspruch um 8 Prozent herabgesetzt. Das unsolidarische Verhalten der polnischen Berufsvereinigungen kam den Grubenbesitzern sehr zustatten. Am 31. Januar sollte eine zweite allgemeine Betriebsrätekonferenz zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen. Die „Berufsvereinigungen“ lehnte jedoch eine gemeinsame Konferenz ab und trat von der ganzen Abwehraktion zurück, als sie erfuhr, daß der Bergarbeiterverband eine Entschließung für den Streik einbringen werde. Sie berief eine eigene Konferenz ein, in der es ihrem Vertreter, Herrn GRAJEK, mit Hilfe von terroristischen Kunststücken gelang, eine geringe Mehrheit gegen den Streik zu erhalten. Er behauptete sogar, die Sozialisten wollten aus dem Streik einen politischen Streik machen, um die Regierung zu stürzen. Damit war die Abwehrfront unterhöhlt und stürzte zusammen. Die Betriebsrätekonferenz des Bergarbeiterverbandes stellte mit Bedauern diese traurige Tatsache fest und unterstrich nachdrücklich die Forderung, endlich einen entschiedenen Kampf gegen die

Lohnräubereien in die Arbeiterschaft zu tragen. Der Bergarbeiterverband sei bereit, diesen Kampf sofort aufzunehmen, wenn die Kameraden der anderen Richtungen sich mit ihm solidarisch erklären. Dieser letzte Versuch zur energischen Abwehr des amtlich anbefohlenen Lohnraubs, mit dem sich die Grubenbesitzer sofort einverstanden erklärten, mißlang ebenfalls. Die zusammengebrochene Front konnte nicht mehr aufgerichtet werden, vielmehr entstand im ganzen Revier infolge des Verhaltens der Polnischen Berufsvereinigungen ein solcher Wirrwarr, daß niemand weiß, woran er sich zu halten hat. Herr GRAJEK ließ noch auf der Sonderkonferenz seiner Betriebsräte den Beschluß durchdrücken, den Belegschaften eine geheime Abstimmung für oder gegen die Lohnminderung zu empfehlen. Dies Ansinnen wiesen die Belegschaften mit Enttäuschung zurück, denn es werde sich wohl kein Bergarbeiter finden, der für eine weitere Beschnidung seines Hungerlohnes noch abzustimmen gedanke. Trotzdem lügt die Regierungspresse, 15 Gruben hätten sich gegen und 21 für den Schiedsspruch erklärt. Angesichts dieser Entwicklung der Dinge kündigt der Bergarbeiterverband an, daß er in kürzester Zeit einen neuen Kampf organisieren werde, um den Lohnraubgelüsten der Unternehmer endlich mal einen wirksamen Damm entgegenzustellen. (Diese Kampfkündigung hat PILSUDSKI mit der Auflösung des Verbandes der Hüttenarbeiter und des Berufsverbandes der Bergarbeiter beantwortet. F. G.)

Selbstverständlich beehrte sich der Arbeitsminister, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, und zwar unter Mitwirkung der regierungsseitig ausgehaltenen Streikbrechervereine, die zwar nur einige Dutzend Anhänger zählen, trotzdem aber durch die Regierung zu amtlichen Verhandlungen hinzugezogen und der Arbeiterschaft als gesetzmäßige Vertreter aufgezwungen werden.

Der bis zum 30. Juni gültige Schiedsspruch enthält auch die Vorschrift, daß die gesamte Lohnminderungssumme dem Ausgleichsfonds zur Finanzierung der Kohlenausfuhr überwiesen werden müsse, andernfalls behalte sich die Schlichtungskommission vor, den Schiedsspruch einer Revision zu unterziehen. Nun, die Grubenbesitzer werden schon wissen, in welche Kanäle sie die den armen Grubensklaven geraubte Lohnsumme zu leiten haben.

Gegen diese kapitalistische Raubpolitik schreitet die Regierung nicht ein. Sie könnte der armen Bevölkerung wenigstens dadurch helfen, daß sie ihr Kohlen und Lebensmittel zuwendet aus der den Werksbesitzern und Agrariern gestundeten Steuersumme von insgesamt 1181 Millionen Zloty. Das aber ist kaum zu erwarten von einer Regierung, die systematisch alle demokratischen Einrichtungen ausrottet, indem sie die Eisenbahnen militarisiert, die politischen Gefangenen den kriminellen gleichstellt, die Selbstverwaltung aller öffentlichen Körperschaften zerschmettert, die mit Standgerichten arbeitet, die Verteidigung vor Gericht beschneidet, die höheren Schulen dem „Plebs“ versperrt und die Steuergrößen selbstherrlich verwirtschaftet, den Kapitalisten aber jeden möglichen Gefallen tut.

Daß sich ein ähnliches Trauerspiel für die Arbeiter in der deutschen Schwerkisen-Industrie nicht abspielen möge in den nächsten Monaten, das zu verhindern, hat der Krisenkonferenz des ADGB in der Hand. Wir können noch die Hoffnung haben, daß es nicht zu spät ist.

Dazu ist aber für die Freien Gewerkschaften zweierlei zu erfüllen unerlässlich. Erstens: Sie dürfen auf keinen Fall weitere wirtschaftspolitische Quacksalbereien BRÜNINGs, die die Krise nur immer mehr verschärfen, dulden. Die richtige These der Gewerkschaften: Schutz und Stärkung der Massenkaukraft! muß mit allem Nachdruck in der Politik der Regierung, und zwar durch Druck auf diese Regierung, zur Geltung gebracht werden. Die Konsequenzen eines solchen Kampfes müssen ohne Zaudern gezogen werden. Wird dieser Kampf nicht geführt, und bleibt also der durch ihn herbeizuführende Erfolg aus, dann muß mit einer völligen Zer-

rüttung der Kampfkraft der Gewerkschaften gerechnet werden, und auch mit der Vernichtung der Gewerkschaften selber.

Gerade weil wir wissen, welche Kräfte den Gewerkschaften entgegenstehen, fordern wir zweitens, daß die Gewerkschaften den Kampfgeist der Kollegen stärken, und zwar nicht durch theoretische Proklamationen irgendwelcher Art, sondern durch äußerlich erkennbare Aktionen, die für den Kampfwillen und die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften Zeugnis ablegen.

Ein solches Zeichen könnte z. B. darin erblickt werden, daß die Gewerkschaften die Initiative ergreifen für die Aufstellung eines gemeinsamen Präsidenten der Arbeiterschaft zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl.

Ein anderes, außerparlamentarisches Zeichen würde die Vorbereitung eines entschiedenen Kampfes für die Erhöhung der Löhne sein. Man könnte sich dazu der sowohl populären als auch richtigen Begründung bedienen, daß die Senkung der Preise nicht einmal im gleichen Maße gelungen sei, wie die der Löhne — was BRÜNING seinerzeit versprochen hatte. Mindestens diese Forderung müßte den Lohnbewegungen des Frühjahrs zugrunde gelegt werden, die nach Ablauf der Zwangstarife Ende April gewiß einsetzen.

Das Trauerspiel in der polnischen Schwerkisen-Industrie ist ein lehrreiches und warnendes Beispiel. Hoffentlich lernen alle daraus, die es angeht.

Die Schichtverdienste der deutschen Hüttenarbeiter in Nordwestdeutschland.

	1927	1928	1929	1930	1931	1932
(je Schicht Mark)						
Hochofenbetrieb						
erster Mann . . .	9,00	9,50	9,27	8,56	8,56	6,48
letzter „ . . .	7,50	8,20	8,05	7,30	7,30	5,80
Thomaswerk						
erster Mann . . .	17,49	16,08	12,60	12,59	9,68	7,20
letzter „ . . .	10,62	9,76	6,48	6,48	5,60	4,50
Martinwerk						
erster Mann . . .	14,30	14,72	12,54	12,50	10,72	7,22
letzter „ . . .	8,00	8,05	6,54	6,45	5,92	4,48
Blockwalzwerk						
erster Mann . . .	11,00	10,12	9,40	10,75	8,80	6,40
letzter „ . . .	7,69	6,88	6,54	6,94	5,94	4,40
Stabstraße						
erster Mann . . .	11,81	10,80	10,35	9,90	9,00	6,92
letzter „ . . .	7,21	7,20	6,30	6,24	5,76	4,72

Die „Metallarbeiterzeitung“ schreibt dazu: Die Aufstellung zeigt nicht nur die Wirkung des letzten Schiedsspruches, sondern auch, daß mit diesem Lohn nicht mal die Lebensmittel, geschweige denn Kleidung, Miete, Licht u. s. w. zu erschwingen sind. Ferner muß festgehalten werden, daß die Lohnzahlen von Januar 1932 Bruttoverdienste darstellen, d. h., daß davon noch 10 bis 15 Prozent Sozialversicherungsbeiträge abgehen. Um uns nicht dem Verdacht der Irreführung auszusetzen, sind in der Aufstellung keine Durchschnittsverdienste angeführt, sondern die tatsächlichen Verdienste, und zwar der wenigen Spitzenleute und letzten Leute, die bekanntlich in der Mehrzahl sind. Alle Bruttoverdienste verstehen sich für den 21jährigen Vollarbeiter. Die Verdienste sind einem der größten Werke der Hüttenindustrie entnommen, die mit kleinen Abweichungen für alle Werke zutreffen.

Das sind, wie schon betont, Bruttoverdienste. Wer aber nun glaubt, daß diese Hungerlöhne mit voller Wochenarbeitszeit verdient werden, der irrt sich. Es werden in der Woche im Durchschnitt zwei Feiertage eingelegt. Der Hüttenmann kann mit diesem Brutto-Schichtverdienst nur an vier Tagen arbeiten. Was für Wochenlöhne da herauskommen, reicht nicht fürs nackte Leben.

In der Hüttenarbeiterschaft herrscht eine verzweifelte Stimmung. „Gebt uns die Papiere, als Arbeitslose müssen wir nicht so hungern wie jetzt!“, schallt es allenthalben in den Budenversammlungen.

Krieg und Kriegsgeschrei.

Erlebnisse eines Lehrers.

R. K. Heute hörte ich unfreiwillig ein Gespräch meiner Schüler über Krieg und Abrüstung. Die Jungen sind 13 bis 14 Jahre alt.

„Wenn Japan weiter in China Krieg führt, greift Amerika ein. Dann liefern wir Munition und Kanonen, und Deutschland kommt wieder hoch.“

„Japan hat das Recht, in China einzumarschieren und ein Stück von China in Besitz zu nehmen; denn Japan ist klein und hat viele Einwohner. In China ist noch Platz für Japaner.“

„Dann bezahlen wir keine Reparationen mehr, und die Arbeitslosigkeit hört auf.“

Auf der Treppe zum Gutshaus in dem französischen Dorf R. sah am 23. August 1914 der siebenjährige Sohn des Gärtners. Er hatte seinen Schulranzen auf dem Rücken. Er war tot; ein Kopfschuß hatte ihn getötet.

In R. hatten die Bauern auf deutsche Truppen geschossen. Zwölf Stunden später waren sie selber niedergemacht worden. — Ich will nichts weiter schildern. Der aktive Hauptmann B. sagte zu mir in der folgenden Nacht: „K., der Krieg ist schrecklich. Wir wissen jetzt, wie er ist.“ B. war einer der tüchtigsten, tapfersten Offiziere des Regiments.

Der Gefreite G. hielt „seinen“ Gefangenen beim Verhör am Kragen fest. In der linken Hand hatte er seine Feldflasche und trank. Da sagte der Franzose: „Camarade, soif!“ (Durst). G. hielt ihm die Feldflasche an den Mund, der Franzose trank. Die Flasche machte die Runde bei den anderen Franzosen. Sie erhielten auch Zigaretten.

In L. starben die Säuglinge aus Mangel an geeigneter Nahrung. — Die Landwehrlente saßen während ihrer Ruhetage

auf den Bänken vor den Häusern, hatten kleine Franzosenkinder auf dem Schoß und erzählten ihnen Geschichten von ihren eigenen Kindern. Die Franzosen hörten aufmerksam zu, ohne ein Wort zu verstehen.

Als ich ein kleiner Knirps von sieben oder acht Jahren war, träumte ich oft, daß französische Jungen unser Dorf stürmen wollten. Wir Jungen aus L. griffen die Franzosen an, kamen auf dem Külzenberg mit ihnen ins Handgemenge. Wir Deutschen siegten. Erzählungen und der Gedanke, daß mein Vater „mitgewesen war 1870“ erregten meine Phantasie.

Der Kreis ist geschlossen. Die dritte Generation, die ich erlebe, steht dem Krieg genau so gegenüber wie die vorhergehenden — trotz der Jahre 1914 bis 1918. Ein Krieg ist in vollem Gange. — Allerdings in Ostasien. Vor 150 Jahren schrieb GOETHE: „Ich lobe mir an Sonn- und Feiertagen so ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, fern in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen.“ So ist's noch heute. Der Anschauungsunterricht des Weltkrieges ist wieder in Vergessenheit geraten. Gibt es einen Ausweg aus dem furchtbaren Kreislauf: Kriegselend, Vergessen, Kriegsbegeisterung, Krieg?

„Herr K., können wir nicht öfters über diese Dinge: Krieg, Abrüstung, Arbeitslosigkeit, Sozialismus sprechen?“

„Soll ich euch meine Meinung darüber sagen?“

„Nein, das überzeugt uns nicht. Dann sagt ein anderer uns die entgegengesetzte Meinung, und wir sind so schlau wie vorher.“

„Ihr kennt ja auch meine Ansicht.“

„Wir wollen aber wissen, was richtig ist.“

„Wie bekommen wir das heraus?“

„Wir wollen gemeinsam darüber nachdenken, so wie wir es in der Geometrie tun. Wir kommen dafür nachmittags extra zusammen.“

„Wie lange?“
 „Ja, es wird sehr viel Zeit nötig sein.“
 „Sicher sehr viel!“
 „Aber anders geht es nicht. Also fangen wir erst mal an.“
 „Gut. Ich will euch einen Vorschlag machen. Wir kommen zusammen und sprechen zunächst über einfache Dinge.“
 „Ueber was für einfache Dinge denn?“
 „Warum du August nicht seinen schönen neuen Zirkelkasten wegnimmst, obwohl du gut zeichnen kannst und nur einen alten hast.“

Daß die Völker noch immer aufeinander schlagen und aufeinander schlagen dürfen, daß wir noch solche Barbaren sind, das liegt daran, daß so wenige Menschen heute Zeit haben, oder vielmehr, daß so wenige sich die Zeit nehmen, selber über die Dinge nachzudenken. Die Kinder zum selbständigen Denken zu erziehen statt zu bloßem Nachreden, ist bei der steigenden nationalistischen Verhetzung eine besonders dringliche Aufgabe für uns Lehrer.

Wie man zum Heros wird.

Vor einiger Zeit ist der Pg. MOHR aus Bensheim „beigesetzt“ worden. Im Leichenzuge schritt Prinz AUGUST WILHELM von Preußen, was ihm von den übrigen Pgs hoch angerechnet wurde. Der Führer der hessischen NS gedachte in einem Neujahrsbefehl des Pg. MOHR als „eines jener Gemordeten, bei deren Gedenken die NS sich bewußt sein müßten, daß es Heroen seien, denen es nachzueifern gelte“.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, ist inzwischen durch kreisärztliches Gutachten festgestellt worden, daß MOHR an einem Herzschlag gestorben ist, nachdem er in der Trunkenheit vom Rade gestürzt war. Im übrigen war MOHR wegen Tierquälerei, zweimaliger Körperverletzung und wegen Hausfriedensbruchs vorbestraft.

Kommunistische Wahlkündigung.

Hr. Berlin, 8. März.

Am Dienstag nachmittag zog die KP im Lustgarten auf Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung waren knapp gewesen; der Beginn der Veranstaltung mußte auf das Verlangen der Polizei hin am Tag vorher noch um eine Stunde früher angesetzt werden; das Wetter war schauerhaft. Aber der Aufmarsch gelang. In langen geschlossenen Zügen trafen die Arbeiter von allen Gegenden der Stadt ein und füllten den Platz.

Es war ein völlig anderes Bild als am Sonntag vormittag bei der Kundgebung der „Eisernen Front“. Damals im Sonnenschein das spielerische Gebaren der Propagandaflyer, das Heiterkeit und hier und da sportliches Interesse weckte — Volksbelustigung! Heute ein straffer, disziplinierter Aufmarsch, ernste und kampfbereite Menschen, Proletarier, die, fast Mann für Mann, angespannt und aktiv teilnahmen. Das düstere, naßkalte Schneewetter verstärkte den Eindruck einer Kampfkundgebung. Es mag in beiden Fällen etwa die gleiche Zahl von Menschen zusammengekommen sein. Wer beide Kundgebungen gesehen hat, weiß, daß eine solche Zahl gar nichts sagt über das Gelingen oder Mißlingen einer Demonstration.

Mikrofon und Lautsprecher, durch die die Rede von WELS auf dem ganzen Platz vornehmbar gemacht wurde, gab es heute nicht. An mehreren Stellen sprachen gleichzeitig kommunistische Redner von Autodächern oder Denkmalsockeln herab.

Aus der Ansprache, die ich hörte: Es gehe am 13. März nicht um die Entscheidung zwischen fünf Personen; zwei Klassen ständen einander gegenüber. Ob HITLER, HINDENBURG oder DÜSTERBERG, sie gehörten alle zum kapitalistischen Bürgertum und seien Feinde des Proletariats. Ihnen stände als einziger Kandidat der Arbeiterschaft THÄLMANN gegenüber. Die KP denke nicht daran, trügerische Wahlversprechungen zu machen. Durch die Reichspräsidentenwahl werde der Kapitalismus nicht beseitigt. Sie sei nur der Anlaß zu einer Demonstration des revolutionären Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei.

Also nur eine Demonstration am 13. März! Und der heutige kraftvolle Aufmarsch demnach nur die Demonstration für eine Demonstration! Die KP verzichtet zu Gunsten einer bloßen Parteipropaganda darauf, ernsthaft am Kampf um den Posten des Reichspräsidenten teilzunehmen und aus diesem Kampf für die Arbeiterschaft herauszuholen, was sich herausholen läßt: den Sieg eines Arbeiterkandidaten. Ein großer Aufwand schmählich ward vertan!

Goebbels an Groener.

In einem offenen Brief an GROENER beschwert sich GOEBBELS, daß die NSDAP in ihrer Wahlpropaganda behindert werde, während die Kommunistische Partei offen HINDENBURG beleidigen dürfe.

Daß die KP von den amtlichen Stellen in ihrer Tätigkeit nicht genügend schikaniert wird, das muß gerade Herr GOEBBELS herausfinden, dessen Pö's fast überall begünstigt und wohlwollend geduldet werden. — GOEBBELS bestätigt übrigens nur, was seit langem bekannt ist: Ein Schreihehl ist fast immer auch ein Denunziant. Eine üble Marke!

Hindenburg im Rundfunk.

H Berlin, 8. März.

Reichspräsident VON HINDENBURG wird am Donnerstag um 19.30 Uhr von seinem Arbeitszimmer aus eine etwa viertelstündige Rundfunkansprache halten, die auf alle deutschen Sender und möglicherweise auch auf die englischen und amerikanischen Sender übertragen werden wird.

Es ist verboten . . .

m Karlsruhe, 8. März.

In einer Verfügung über die weitere Durchführung der Wahlpropaganda verbietet der badische Innenminister aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und aus verkehrspolizeilichen Gründen das Verteilen von Flugblättern aus Fahrzeugen aller Art, sowie das Herumtragen und Herumfahren von Plakaten, soweit dies durch Fußgänger erfolgt, außer am Wahltage selber. Die Verwendung von Lautsprechern und Schallplatten im Wahlkampf ist gleichfalls verboten.

700 auf die Straße.

f Kattowitz, 8. März.

Beim Demobilisierungskommissar ist ein Antrag der Stickstoffwerke in Chorzow auf Entlassung von 700 Arbeitern zum 1. April eingegangen. Die polnische Presse bemerkt hierzu, daß die Stilllegung des Chorzower Stickstoffwerkes hauptsächlich durch den Neubau der Stickstofffabrik in Moseice bedingt sei.

Billigere Lebensmittel für Arbeitslose.

u Kopenhagen, 8. März.

Ab Montag werden die meisten Lebensmittelgeschäfte in Kopenhagen den Arbeitslosen bei Einkäufen 10 Prozent Preisnachlaß geben, und zwar vorläufig bis zum 1. Juli 1932. Jeder Arbeitslose erhält wöchentlich eine Rabattkarte, die er beim Einkauf in den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften vorzeigen soll.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit — in Brasilien.

M.H. Das Arbeitsministerium in Brasilien hat einen Entwurf für ein Gesetz über Frauenarbeit eingebracht, das die Verhältnisse in Handel und Industrie betrifft. Artikel 1 dieses Gesetzentwurfs besagt, daß für jede Arbeit gleichen Wertes gleicher Lohn gezahlt werden soll, ohne Unterschied des Geschlechts. Außerdem sind die auch in anderen Ländern üblichen Schutzbestimmungen für Frauen enthalten, die z. B. das Verbot der Nachtarbeit (von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens) und den Schutz der werdenden Mutter betreffen. Es ist allerdings kaum zu erwarten, daß in einer kapitalistischen Ordnung mit der Minderbezahlung der Frauenarbeit tatsächlich Schluß gemacht wird, selbst wenn ein solcher Gesetzentwurf Gesetz wird. Auch in Deutschland verspricht ja die Reichsverfassung gleiche Rechte für Mann und Frau im Wirtschaftsleben!

Bäcker revoltieren.

e Neustrelitz, 6. März.

Die Mecklenburg-Strelitzer Bäckerinnung hielt eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der eine Entschließung angenommen wurde: „Die Vertreter des Mecklenburg-Strelitzer Bäckerhandwerks erheben energischen Einspruch gegen die Herabsetzung des Brotpreises für das 1250-Grammbrot auf 46 Pf. Es ist uns nicht möglich, unsere Betriebe unter Verzicht auf jeden Verdienst aufrechtzuerhalten. Die Mehlpreise sind durch die Maßnahmen der Reichsregierung bisher noch nicht so gesenkt worden, daß damit eine Herabsetzung des Brotpreises verbunden werden kann. Wir können und werden uns ihren Bestimmungen wegen Herabsetzung des Brotpreises nicht fügen und stellen ihr anheim, ihre Maßnahmen zu treffen. Es bleibt sich gleich, ob sie unsere Betriebe schließen läßt oder ob diese in einiger Zeit durch den Gerichtsvollzieher geschlossen werden.“ Eine ähnliche Erklärung gaben auch die Vertreter des Schweriner Bäckerhandwerks ab, die in den Stadthallen in Schwerin tagten.

Die „Staatsautorität“ läßt sich nicht mit bloßen Zwangsmitteln durchsetzen. Wie BRÜNING in seiner am Sonntag im

Rundfunk wiedergegebenen Reichstagsrede vom 25. Februar gegen die NS sagte: ein bißchen Ueberlegung gehört auch noch dazu, um Politik zu machen. — Ein bißchen Ueberlegung sollte ihm sagen, daß es unmöglich ist, den Großagrariern zu Liebe den Getreide- und Mehlpreis hochzuhalten und gleichzeitig den Bäckern einen niedrigen Brotpreis zu diktieren.

Bierfrieden in Hamburg.

k Hamburg, 8. März.

In der öffentlichen Gast- und Schankwirtsversammlung von Groß-Hamburg am Dienstag nachmittag wurde durch Urabstimmung mit großer Mehrheit beschlossen, den Bierstreik abzubauen.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 10. März.

Berlin:
15.20 H. M. AHMED: Schicksal der Witwen in Indien.
19.30 Hörspiel „Faust“ von GOETHE.
Breslau:
18.15 GABRIEL DESWYSEN: Der Stand des internationalen Arbeiterschutzes.
22.25 JOS. TREUTLER: Aus dem Aufgabengebiet des Arbeiter-Esperantisten.
Königs wusterhausen:
19.00 Zweckmäßige Herstellung des Saatgutes.
Leipzig:
20.45 Hörspiel: „Kaffee“.
Wien:
20.00 PAUL EIPPER: Liebe zu Raubtieren.
Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Freitag, den 11. März.

Berlin:
22.15 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.
Hamburg:
16.30 KARL PETER: Alltagstierquälereien. Kettenhunde.
Königsberg:
20.00 „Der eingekerkerte Kranke“, Lustspiel von MOLIÈRE.
Königs wusterhausen:
18.00 H. HIRSCHSTEIN: Die Kartelle in der Wirtschaftskrise. (Vergleiche „Wie kommen wir aus der Krise heraus?“ in Nr. 3 des „Funkens“.)
Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Jungarbeiter vor dem Mikrofon.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name
Ort
Straße und Hausnummer
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzleid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 82
Verkaufsstellen:
1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 87
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Wasmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 16 17
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 8062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42

Elegante und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß sortiert sauber und billig an
RUDOLF SCHÜNHITZ
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. A.
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Landheime,
Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt
Eure Zeitung

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt
bei Einläufen
unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Die Rechtslehre und die Politik auf ein festes, wissenschaftliches Fundament zu stellen.

wird in dem III. Band der „Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik“ unternommen, indem

System der philosophischen Rechtslehre und Politik.

Von Leonard Nelson.

XXXV und 680 Seiten. 4^o. 1924. Broschiert 16,— M. Ganzleinen 19,— M.

Der Wert des Buches für den Befreiungskampf des Proletariats wird erkennbar aus NELSONs einleitenden Worten:

„Denn wie überall so bietet auch hier nur die Führung kritisch begründeter Prinzipien einen Schutz gegen die zweifache Gefahr, daß die Freiheit vom Dogma in die Orientierungslosigkeit des Opportunismus, die Festigkeit der Orientierung dagegen in die Tyrannei des Dogmas ausartet. Diese Festigkeit mit jener Freiheit zu vereinigen, das ist der Sinn der Selbstverständigung, die den Zweck dieses Buches bildet.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a

Die Rossebändiger.

Kunst, Kirche und Erziehung.

Ende 1931 wurden vor der Technischen Hochschule in München zwei plastische Gruppen aufgestellt, die Rossebändiger. Jede zeigt einen nackten, kräftigen Jüngling, der ein wildes Pferd zum Sitzen gebracht hat. Diese Statuen sind achtbare, tüchtige Leistungen, geschaffen von zwei angesehenen Künstlern, HAHN und BLEEKER. Sie haben einen leicht verständlichen Sinn: Herrschaft über die rohen Kräfte der Natur!

Für katholisch verbildete Menschen ist dieser Sinn in sein Gegenteil verkehrt worden durch die Tatsache, daß beide Jünglinge nackt sind. Seit Monaten hetzt der „Bayerische Kurier“ gegen die Aufstellung dieser Gruppen. In Museen, nicht auf die öffentlichen Plätze der Stadt gehörten solche Figuren! Und die Zeitung zitiert Sätze, die ein Universitätsprofessor (Dr. VON NOTHAFF) in einem Artikel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geschrieben hat:

„Die Schaulust der Geschlechtlichen aber wirkt zerstörend auf das Schamgefühl des Volkes und zerstörend auf die ruhige Selbstentwicklung der Jugend, auch wenn es an sich nicht unsittlich ist... Ob diese Schamlosigkeit künstlerisch oder nicht künstlerisch ist, ist ganz gleichgültig. Vielleicht sind sogar künstlerische Nuditäten gefährlicher als unkünstlerische, weil sie nicht durch Gemeinheit jedes bessere Gefühl beleidigen...“

Auch der „Landesverband der katholischen Elternvereinigungen in Bayern“ wurde mobil gemacht. In einer Eingabe an das Kultusministerium verwahren sich diese Eltern gegen einen „unerhörten Angriff auf den Seelenadel der heranwachsenden Jugend“. Schließlich trat noch Kardinal FAULHABER auf den Plan und meinte in der „Marienischen Männer-Kongregation, München“: Um zu sehen, wieviel es geschlagen habe, dazu brauche man nicht erst nach Moskau zu gehen, sondern nur an die Technische Hochschule in München!

Es ist nach dieser Arbeit des katholischen Apparates nicht verwunderlich, daß die Sache der Rossebändiger vor kurzem auch in dem Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages zur Sprache kam. Der Ausschußvorsitzende, Dr. ANTON SCHARNAGL (Bayerische Volkspartei) forderte, die beiden Gruppen, nachdem sie nun leider einmal da seien, wenigstens so aufzustellen, daß den „berechtigten“ Bedenken der Eltern Rechnung getragen würde. Kultus-

minister Dr. GOLDENBERGER geriet in Verlegenheit. Er mußte zugeben, daß ernst zu nehmende Kunstkritiker ein günstiges Urteil über diese Plastiken gefällt hätten. Andererseits gehört er selber der katholischen Bayerischen Volkspartei an. Wie half sich der Minister aus dieser Verlegenheit? Er erzählte, ein Mann, der wohl geisteskrank gewesen sei, habe mit einem Hammer an den Figuren herumgeklopft, um zu entfernen, was diesem Mann entfernenswert erschienen sei. Von anderer Seite sei dem Minister gesagt worden, solche Vorkommnisse könnten sich wiederholen. Aus diesem Grunde, erklärte Dr. GOLDENBERGER, wolle er die Figuren geschützt sehen. Er werde mit dem Architekten und den beiden Künstlern verhandeln, um eine Erhöhung des Sockels durchzusetzen. Er glaube, daß dann auch jene Kreise zufrieden gestellt würden, die mit einer zu weit gehenden Kritik an die Öffentlichkeit getreten seien.

Wie gut für diesen Herrn Minister, daß jener geistes- kranke Mann erschienen ist! Wie herrlich, daß auch noch weitere Angriffe zu befürchten sind! Hätte man solche Angriffe befürchten müssen, ohne die vorangegangene Hetze der katholischen Funktionäre? Jämmerlich ist dieses schlecht versteckte Entgegenkommen, unwürdig eines Kultusministers.

Man bekommt bei solchen Gelegenheiten immer einen Begriff, was es bedeuten würde, den Katholiken die Herrschaft über die Schule zu geben, wie sie das anstreben. In dem gestrigen Leitartikel des „Funken“ ist gezeigt worden, wie raffiniert die preußische Zentrumsfraktion bisher verhindert hat, daß den dissidentischen Lehrern gegenüber der preußische Staat sich an die Bestimmungen der Reichsverfassung hält, wie die Katholiken also mit unrechtlichen Mitteln die Konfessionsschule vorbereiten. Wer so skrupellos ist in der Ausnutzung von Gelegenheiten wie die deutsche politische Führung des Zentrums, die doch wohl gut katholisch erzogen worden ist, der sollte seine Lamentationen über den Seelenadel zu Hause lassen, der angeblich verloren geht, wenn ein Jüngling oder eine Jungfrau ein Denkmal zu sehen bekommen, auf dem ein Mensch so dargestellt ist, wie er aussieht, genau so, wie Gott ihn (nach dem Zeugnis der Bibel, und noch dazu nach seinem Ebenbilde!) erschaffen hat.

35 000 Toren amtlich gezählt.

Zur Kandidatur Winter.

GUSTAV WINTER kam nach der Inflation, zunächst vielleicht vom Rechtsgefühl getragen, auf den Gedanken, sich für die Aufwertung der vor dem August 1914 und während des Krieges ausgegebenen rotgestempelten Tausendmarkscheine einzusetzen. Er gründete zu diesem Zwecke eine Organisation.

Offensichtlich bestand, auf Grund des neuen Bankgesetzes, ein juristischer Anspruch auf Aufwertung nicht. SCHACHT hat das als Reichsbankpräsident Herrn WINTER auch persönlich auseinandergesetzt. Dieser fuhr aber nach wie vor fort, von den Mitgliedern seines „Volksbundes für Wahrheit und Recht“ Beiträge einzukassieren. Da strengte der Staatsanwalt gegen ihn ein Verfahren wegen Betrug an und WINTER wurde schließlich zu Gefängnis verurteilt und sitzt dort noch heute.

Es gibt noch andere Narren in Deutschland, die vielleicht auf törichtere Gedanken gekommen sind, als WINTER mit seinem Versuch, Tausendmarkscheine aufzuwerten (oder auch, sich an den Beiträgen der Mitglieder seiner Organisation gesund zu machen). Aber dieser Mann hebt sich von seinen Kollegen ab. Er sitzt im Gefängnis und hat sich bisher durch nichts weiter als durch Torheit bekannt gemacht (und auch das nur unvollkommen: die meisten Menschen haben wohl erst jetzt von ihm gehört!). Er wird zum Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl vorgeschlagen und findet 35 000 weitere Toren, die ihren Namen unter diese Kandidatur setzen. Das zeigt doch, daß das „Volk der Dichter und Denker“ auch bei der Präsidentenwahl sein Möglichstes tut, um öffentlich kund zu tun, daß es durch die Einrichtung der Demokratie das Schicksal der Staatsbürger in die Hände von Narren gelegt hat.

Winter bleibt im Gefängnis.

Dresden, 7. März.

Der als Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl auftretende Betriebsanwalt GUSTAV WINTER verbüßt zur Zeit in Bautzen ein Jahr und drei Monate Gefängnis wegen fortgesetzten Betruges. Der für WINTER werbende Wahlausschuß hat gebeten, WINTER für den Wahlkampf aus der Straftat zu beurlauben. Das sächsische Justizministerium hat diesem Antrag nicht entsprochen.

Sklaverei in Südafrika.

Im Parlament der Südafrikanischen Union, die englisches Dominion ist, wird augenblicklich über einen Gesetzentwurf verhandelt, der, nach den Worten einer englischen bürgerlichen Zeitung, „viele Züge von Sklaverei trägt, ohne die Herren dabei für den Unterhalt der Sklaven verantwortlich zu machen“. Nach dem Gesetzentwurf ist es erlaubt, Neger zu peitschen. Das Paßsystem soll weiter ausgedehnt werden. Dieses System schränkt schon jetzt die Bewegungsfreiheit der Eingeborenen so ein, daß sie sich ohne Erlaubnis ihrer Arbeitgeber und einiger Behörden nicht aus ihrem Wohnort entfernen können, ohne Gefahr zu laufen, entweder erschossen oder ins Gefängnis geworfen zu werden. Weit schlimmer noch als diese beiden Punkte des Entwurfs ist aber der dritte, der jedem europäischen Grundbesitzer erlaubt, mit dem Vormund eines minderjährigen Negers einen Arbeitsvertrag zu schließen, auf Grund dessen der Minderjährige verpflichtet wird, bis zu seinem 18. Lebensjahre in irgendeinem Teil des Landes für den Weißen zu arbeiten.

Es besteht nur eine äußerst geringe Möglichkeit, daß dieser Entwurf nicht zum Gesetz wird. Er ist auch eine gradlinige Fortsetzung der in Südafrika üblichen Negerpolitik. In diesem Lande wird von den europäischen Machthabern ein Gesetz nach dem anderen erlassen, das die Neger jeder Freiheit beraubt, sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet, und sie in die schlimmste Sklaverei versetzt.

Voruntersuchung über „Felseneck“ abgeschlossen.

h Berlin, 8. März.

Die Voruntersuchungen wegen der Vorgänge bei dem Naziüberfall auf die Kolonie Felseneck sind jetzt geschlossen. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft III zur Stellung ihrer Anträge zugeleitet worden.

Studentenunruhen in Paris.

k Paris, 8. März.

Seit einigen Tagen bereitet sich ein Studentenstreik der juristischen Fakultät der Pariser Sorbonne vor. Die Studenten wollen damit gegen einen Senatsbeschluß protestieren, nach dem unter gewissen Bedingungen auch Menschen, die nicht das Abiturientenexamen gemacht haben, zum juristischen Studium zugelassen werden können.

Heute ist der Streik in der Tat ausgebrochen. Vor den Türen der Hörsäle sind Streikposten aufgestellt worden. Die Professoren sehen sich leeren Bänken gegenüber. Die Studenten sorgen für Ruhe; es ist bisher noch an keiner Stelle zu Kundgebungen gekommen. Am Dienstagabend wird sich eine Studentenabordnung zu der Senatskommission begeben. Je nach dem Ausgang dieser Unterredung wird sich entscheiden, ob der Streik andauern oder abgebrochen werden soll. Die Professorenschaft billigt den Streik.

Die Forderung des Abiturientenexamens als einer Bedingung für das Hochschulstudium ist heute ein entscheidender Schutz für das Bildungsmonopol der herrschenden Klasse. Es ist verständlich, daß sie diese Forderung nicht kampfflos preisgibt!

Landtagswahlen in Mecklenburg.

Am kommenden Sonntag finden in Mecklenburg-Strelitz Landtagswahlen statt.

Die Verfassung des Staatenbundes.

Von LEONARD NELSON.

(Schluß)

Mit welcher Kompetenz die Einzelstaaten in der Bundesregierung vertreten sein sollen, das ist eine Frage, die nur politisch, in Hinsicht auf den Zweck der Sicherung des Rechts der Staaten entschieden werden kann. Der wahre Grundsatz der Gleichheit der Staaten kann sich nur auf dieses Recht selbst beziehen, dessen Sicherung den Zweck der Verfassung ausmacht und das seinerseits nur durch die anderweit vorausgesetzten Interessen der Staaten bestimmt ist. In der Tat: Die Gerechtigkeit fordert gleiche Möglichkeit der Interessenbefriedigung für alle Staaten und enthält kein verfassungsrechtliches Prinzip. Macht man dagegen das Prinzip der Gleichheit der Staaten zu einem bloßen Repräsentationsprinzip, so wird dadurch die Sicherung der wahren rechtlichen Gleichheit der Staaten gerade vereitelt. Denn eine solche Deutung zieht die Auffassung nach sich, daß mit der Durchführung der gleichen Vertretung den Anforderungen der rechtlichen Gleichheit Genüge getan sei, während diese doch in Wahrheit dadurch überhaupt noch nicht berührt ist. Wer durch die formalistische Mißdeutung des Rechtsbegriffs nicht derart verwirrt ist, daß er meint, die Völker hätten kein dringlicheres Interesse, als sich auf Staatenkongressen vertreten zu sehen, wer also nicht gegen die wirklichen Interessen blind ist, zu deren Befriedigung völkerrechtliche Institutionen nur als Mittel dienen, dem wird auch klar sein, daß der Maßstab, wonach die Güte der Zusammensetzung eines Staatenkongresses zu beurteilen ist, nicht von einem angeblichen Recht der gleichen Vertretung hergenommen werden kann, sondern einzig von der Frage, welche Verteilung der Vertretungskompetenzen die beste Gewähr bietet für die Sicherung des Rechts der einzelnen Völker. In Fragen der Rechtsprechung hat man längst eingesehen, daß es nicht sowohl darauf ankommt, wer Recht spricht, als vielmehr einzig darauf, wie Recht gesprochen wird. Warum sollte, was hier für den Richter zutrifft, nicht auch für den Gesetzgeber gelten? Warum soll sich die Rechtmäßigkeit der Gesetzgebung nach der quantitativen Zusammensetzung

Polnische Zollvorschlage an Deutschland.

g Warschau, 8. März.

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, hat die polnische Regierung am Dienstag im Zusammenhang mit den Zollverhandlungen, die am Montag in Warschau begonnen haben, der deutschen Seite bestimmte Vorschläge unterbreitet, in denen vor allen Dingen auf folgende drei polnische Wünsche hingewiesen wird: Abschluß eines Zollfriedens, Aufhebung der Kampfzölle und Einführung von autonomen Zollsätzen. Die näheren Einzelheiten sollen den mündlichen Verhandlungen überlassen bleiben.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Lichtenberg, Dienstag, den 15. März, um 20 Uhr, Scharnweberstraße 8a, bei Seifke. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Bergedorf: Donnerstag, den 10. März, 20.15 Uhr, Gasthaus Krüger, Brunnenstraße (Eingang Bleichertwiete). Thema: „Soll der Faschismus wirklich siegen?“

Göttingen: Freitag, 11. März, um 20.15 Uhr, kleiner Saal im Volksheim. Thema: „Thälmann oder Hindenburg“.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

der gesetzgebenden Körperschaft bestimmen und nicht nach der rechtlichen Bildung der ihr angehörenden Personen?

Es war der Zweck der Gesetzgebung des Staatenbundes, für den immer möglichen Fall, daß keine Einigung zwischen den Staaten zustandekommt, eine rechtliche Regelung ihres Konflikts herbeizuführen. Diese Regelung an die Bedingung zu knüpfen, daß sich die Staaten zu einem einstimmigen Beschluß vereinigen, widerspricht sich selbst.

Die Stabilität des Staatenbundes.

Wenn die gleiche Beteiligung aller Staaten an der Bundesregierung schon kein Postulat des Rechtes ist, so spricht die politische Rücksicht auf die Anforderung der Stabilität der Bundesorganisation geradezu gegen sie, eben weil die Einheit des regierenden Willens, soweit sie nur auf ein Vertrauensverhältnis gegründet ist, politisch doch immer einer geteilten Regierungsgewalt gleichkommt. Und auf ein bloßes Vertrauensverhältnis läuft es hinaus, wenn die Möglichkeit einer Bundesentscheidung von einer zufälligen Willenseinigung der Gliedstaaten abhängig bleibt. Die Bundesorganisation wird daher nicht anders stabilisiert werden als dadurch, daß ein hinreichend mächtiger Staat kraft seiner Vormachtstellung faktisch zur Regentschaft in der Staaten-gesellschaft gelangt. Und hierin ist auch nichts Demütigendes für die anderen Staaten, sobald man sich nur darüber im klaren ist, daß eine mit einem Amt übernommene Vormacht kein Vorrecht ist, sondern allein die Bedingung, der Amtspflicht zu genügen. Einem solchen Staatenbund beizutreten, bedeutet für einen Staat ebensowenig eine Demütigung, wie es für einen Menschen eine Demütigung bedeutet, sich im Staat einer Regierung seitens anderer Menschen zu unterwerfen. Es findet hier keine Abstufung der Rechte statt, sondern nur eine solche hinsichtlich der Amtspflicht, das Recht im Staatenbunde zu sichern. Die Fähigkeit zur Verwaltung dieses Amtes besitzt ohnehin nur ein hinreichend mächtiger Staat, und selbst bei freier Wahl des zur Regentschaft zu berufenden Gliedes im Bunde wäre es daher töricht, einem schwachen Staat oder einer im Gleichgewicht befindlichen Mächtegruppe oder gar einer einzelnen Person (wie etwa dem Papst) die Exekutive im Staatenbund anzuvertrauen. Rechtssicherheit ist das erste Erfordernis eines

rechtlichen Zustandes, da doch die ausgedehntesten Rechte imaginär bleiben, solange nicht einmal die geringsten Rechte vor gewaltsamer Annullierung geschützt sind. Das Naturgesetz, das der mit der größten Macht versehene Wille den Ausschlag gibt, läßt sich auch in der Gesellschaft der Staaten nicht umgehen. Da es doch nur bei dem Stärkeren steht, wie weit er sich der Ueberlegenheit seiner Macht bedienen und sich gewaltsam aneignen will, was ihm nicht freiwillig eingeräumt wird, so ist es im Interesse der Rechtssicherheit, demjenigen, der tatsächlich die Uebermacht besitzt, auch in der Organisation die Vormacht einzuräumen, damit er auch förmlich die Verantwortung für die Regierung übernimmt, statt daß alles Recht überhaupt dem anarchischen Zufall preisgegeben bleibt.

Unstreitig besteht die Möglichkeit, daß die Vormacht zur Usurpation von Vorrechten mißbraucht wird. So viel steht aber fest, daß es keinen schlechteren Rat für die schwächeren Staaten gibt, um sich vor solchen Gefahren zu schützen, als die Zuflucht zu der repräsentativen Gleichheit der Staaten. Denn dieses Prinzip muß allemal dann vorsagen, wenn die überlegene Macht es vorzieht, von ihrer Ueberlegenheit Gebrauch zu machen, also allemal dann, wenn der Schwächere auf den Schutz angewiesen ist, den er in diesem vermeintlichen Rechtsprinzip sucht. Die schwachen Staaten sind also um so schutzloser der Willkür seitens der starken ausgeliefert, je verführerischer für sie der Anschein ist, in dem Prinzip der repräsentativen Gleichheit ein Palladium ihrer Freiheit zu besitzen.

Der einzig wirksame Schutz der schwachen Staaten, um sich im Staatengemeinwesen einer Vergewaltigung seitens der die Vorherrschaft führenden Großmächte zu erwehren, ist die Verantwortlichkeit, die diesen durch die Anerkennung ihrer Vormachtstellung zufällt, und die Festigung des Bewußtseins dieser Verantwortung durch die moralische Macht der öffentlichen Meinung. Denn auch in dieser Hinsicht gilt für den Staatenbund dasselbe, was für das Verhältnis der Bürger zum Regenten im Staat gilt: Hier wie dort gibt es nicht wieder einen politischen, sondern nur einen moralischen Schutz für die Achtung der Rechte der Einzelnen seitens des Machthabers.

Der Bauer und der Staat.

H. M. Berlin, 8. März.

Im Rahmen eines Sonderabends der Deutschen Liga für Menschenrechte, mit dem Thema „Der Bauer und der Staat“, sprach gestern abend Dr. FRITZ BAADE, der Agrarsachverständige der SPD.

Die Ausführungen BAADES sind am besten gekennzeichnet durch die Worte SCHEUERMANNs, eines Mitarbeiters der „Deutschen Tageszeitung“, der nach BAADE sprach: „Der Landbund hat nicht umsonst gearbeitet. Obwohl ich politisch fast am entgegengesetzten Ende stehe, wie Dr. BAADE, kann ich sagen, daß ich in sehr vielen Punkten seiner Rede völlig mit ihm übereinstimme.“ Ein Sozialist konnte das jedenfalls nicht sagen.

Den deutschen Staat, der HITLER, den Feind auch der Sozialdemokratie, freundlichst an die Macht komplimentiert, in dem die Steuergroschen der Arbeiter zur Subventionierung von Großgrundeigentümern und Schwerindustriellen verwandt werden, in dem die Löhne der Arbeiter mit Hilfe der Regierung immer weiter gesenkt und ihre Rechte mit jeder Notverordnung einen Schritt weiter zu Grabe getragen werden, diesen deutschen Staat meinte BAADE, als er sagte: „Wir müssen Ehrfurcht haben vor den sozialen Leistungen dieses Arbeiterstaates, den wir Deutsche Republik nennen!“

Bauer und Staat. Für BAADE liegt das Problem lediglich so: „Man muß den Bauern zeigen, daß sie im Irrtum sind, wenn sie glauben, daß dieser Staat ihr Feind ist.“ Wenn BAADE hier statt „Bauer“ „Großgrundeigentümer“ gesagt hätte, könnten wir ihm wenigstens nicht vorwerfen, daß er die Tatsachen falsch sieht. Es bliebe freilich für Sozialisten immer noch die Aufgabe, an der Errichtung eines Staatssystems zu arbeiten, das, im Gegensatz zu dem heutigen, ein Feind der ostelbischen Junker ist. Darum ist es BAADE aber offenbar nicht zu tun. Erstens, weil er meint, „von den wenigen Großgrundbesitzern, die es heute noch gibt“, könne er ganz schweigen, zweitens, weil diese Meinung, die Städter zahlten den Junkern Millionen Mark an Subventionen, eine Phrase sei, mit der man nur die Stadtbevölkerung gegen die Landwirte aufhetze.

Daß es nur wenige Großgrundeigentümer in Deutschland gibt, stimmt allerdings: es gibt nur 23 000 Privateigentümer, die mehr als 100 Hektar Land besitzen; sie nehmen aber 24 Prozent, also fast ein Viertel der deutschen Nutzfläche ein. Der Tatbestand rechtfertigt also keineswegs, „ganz von ihnen zu schweigen“. Nach einigen erregten Hinweisen von seiten des Publikums hat BAADE diesen Grundsatz auch aufgegeben und hat von ihnen gesprochen.

Daß es keine „Phrase“ ist, daß die Städter Millionen an die Großgrundeigentümer zahlen müssen, hat sogar ein Zentrumsmann festgestellt, dem BAADE wohl mehr Glauben schenken wird als einem Sozialisten. DESSAUER hat berechnet, daß das deutsche Volk den Großgrundeigentümern jährlich 3—4 Milliarden Mark in den Schoß wirft. Der „Agrarsachverständige“ der SPD scheint hiervon nichts zu wissen, obwohl er — wie er stolz bemerkte — selber an einigen der Gesetze mitgearbeitet hat, durch die den Großgrundeigentümern dieses Geschenk zuteil wurde.

„Es ist nicht wahr, daß die Junker bevorzugt werden. Die ganze Landwirtschaft ist gleichmäßig stark

geschützt“, sagte BAADE. Er konnte dieses herrliche System, das den katastrophalen Preisfall landwirtschaftlicher Produkte, wie er in anderen Ländern vorgekommen ist, in Deutschland verhindert hat, gar nicht genug preisen: Der Zollschutz der deutschen Landwirtschaft ist so groß, daß er gar nicht mehr größer sein kann; trotzdem sind die Preise gefallen, in demselben Verhältnis, in dem die Kaufkraft der Arbeiter gesunken ist. — Sollen die Bauern diesem Staat dafür etwa dankbar sein?

Einige Zwischenrufer wiesen auf die Preiserhöhungen hin, die durch den „herrlichen“ Zollschutz hervorgerufen worden sind. Was hatte BAADE hierzu zu sagen? Gewiß, Zucker ist in Deutschland vier Mal so teuer wie tschechischer Zucker in Hamburg; dafür kostet aber der Zucker in der Tschechoslowakei noch mehr, als in Deutschland. — Diese Erklärung wird gewiß allen Erwerbslosen, die die überbezahlten landwirtschaftlichen Produkte bezahlen müssen, zum Trost reichen!

„In fünf Jahren wird sich kein Mensch mehr über Getreidezölle und sonstige Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft aufregen; denn Deutschland ist auf dem besten Wege, sich mit Lebensmitteln völlig selber zu versorgen. Wenn es erst so weit ist, dann haben die Zölle überhaupt keinen Einfluß mehr auf den Preis.“ Wie dieses Wunder vor sich gehen soll, daß der deutsche Getreidebau, der heute trotz hoher Zölle kaum vor dem Bankrott zu retten ist, mit einem Male nicht mehr schutzbedürftig sein soll, wenn er 100 Prozent des Inlandverbrauchs an Getreide erzeugt, das hat Herr BAADE nicht näher erläutert. In Wirklichkeit tat BAADE hier nichts anderes, als daß er die demagogischen Redensarten der HUGENBERG-Presse, in der die Selbstversorgung Deutschlands mit Getreide gefordert wird, „um uns vor der Hungersnot zu bewahren“, unterstützt. Der Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ konnte wirklich mit seinem Vorredner zufrieden sein!

Wie steht also der Bauer zum Staat? Er muß dem Staat dankbar sein dafür, daß er ihn vor der Ueberflutung Deutschlands mit billigem russischem Getreide und tschechischem Zucker beschützt hat.

Muß der Bauer, für den Getreide nicht das wichtigste Produkt ist, dem Staat auch dafür dankbar sein, daß er oft noch teures Futtermittel einkaufen muß, daß er für seine künstlichen Düngemittel Monopolpreise bezahlen muß, daß er seine bäuerlichen Veredelungsprodukte teilweise zu Spottpreisen absetzen muß, weil die Kaufkraft der Arbeiterschaft gesunken ist? Und sollen vielleicht auch die Arbeiter diesem Staat für seine „Bauernpolitik“ dankbar sein, die eine Politik zu Gunsten der Großgrundbesitzer ist, auf Kosten der Arbeiter?

Herr Dr. BAADE sprach nicht als Sozialist. — Er sprach als Wortführer der Regierung BRÜNING und von SCHIELES Agrarpolitik, als Wortführer auch der Kreise, die rechts von der Regierung BRÜNING stehen. Aber er sprach nicht als Wortführer der Arbeiter- und Bauernschaft.

Bank und Danat-Bank an 14 Plätzen; außerdem werden zahlreiche Filialen der Dresdner Bank und der Danat-Bank zusammengelegt werden. Für die zur Entlassung kommenden Bankbeamten hat die Reichsregierung einen Fonds von 20 Millionen zur Verfügung gestellt. Der Deutsche Bankbeamten-Verein wird die Verteilung dieses Geldes überwachen. Aus dem Fonds sollen aber nur die infolge der Verschmelzung Danat-Bank—Dresdner Bank zur Entlassung kommenden Angestellten bedacht werden.

Arbeitsbeschaffung.

Das Reichsarbeitsministerium hat ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet und den Entwurf dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vorgelegt. Wenn es gelingt, die Pläne im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium und der Reichsbank zu finanzieren, werden angeblich für 600 000 Arbeiter neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und zwar hofft man 200 000 Arbeitslose für die Dauer eines Jahres direkt und 400 000 weitere Arbeitslose indirekt beschäftigen zu können. Die Pläne erstrecken sich auf drei Gebiete, nämlich zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch behördliche Aufträge, Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes und Arbeitsstreckungen im Kohlenbergbau.

Bei der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung ist daran gedacht, daß die Reichsbahn Aufträge in Höhe von 300 Millionen, die Reichspost solche in Höhe von 100 Millionen geben wird. Für den Straßenbau sollen 300 bis 400 Millionen, für landwirtschaftliche Meliorationen 200 bis 300 Millionen, für Wasserbau 50 Millionen und etwa 200 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues verwendet werden. Außerdem soll die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten ihr Arbeitsprogramm erweitern und zusätzliche 50 Millionen bereitstellen.

Die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes soll so weit gefördert werden, daß etwa 80 bis 100 000 Personen von ihr in Zukunft erfaßt werden. Gedacht ist an eine Erweiterung des Personenkreises und an eine Ausdehnung der Unterstützungsdauer der im Arbeitsdienst Beschäftigten über zwanzig Wochen hinaus.

Im Kohlenbergbau soll durch die Einführung des Krämpersystems die Arbeit gestreckt werden und auf eine größere Anzahl Arbeiter verteilt werden.

Nach vorläufigen Schätzungen würden für diese Zwecke Mittel in Höhe von 1,2 Milliarden beschafft werden müssen.

Arbeitslosigkeit stabil?

Hier zunächst unsere Tabelle unter Einfügung der soeben bekanntgegebenen Zahl für Ende Februar.

Arbeitslose in Deutschland.
(In Tausenden.)

Monat	1929/30	1930/31	1931/32
Ende Oktober	1557	3252	4623
Ende November	2036	3699	5060
Ende Dezember	2851	4381	5663
Mitte Januar	3092	4765	5966
Ende Januar	3218	4887	6041
Mitte Februar	3321	4991	6127
Ende Februar	3366	4972	6128
Ende März	3041	4744	—
Ende April	2787	4358	—

Von Mitte bis Ende Februar stieg die Arbeitslosigkeit im Winter 1929/30 um 45 000, sie fiel im vorigen Winter um 19 000, in diesem Jahr ist sie praktisch gleichgeblieben. — Nach der Statistik! Die Zahl der Arbeitslosen ist sicher wesentlich höher als die amtliche Statistik meldet. Viele, die auf dem Arbeitsamt weder Unterstützung bekommen noch die Zuweisung von Arbeit erhoffen, sparen sich den Weg zur Stempelstelle und werden daher von der amtlichen Statistik nicht erfaßt. Ob es sich dabei um eine Viertel- oder eine halbe Million Erwerbslose handelt, läßt sich kaum schätzen. In dieser Größenordnung dürfte die Zahl der nicht gezählten Erwerbslosen liegen. Weit ist die Zahl der Erwerbslosen also nicht hinter der Sieben-Millionen-Schätzung zurückgeblieben!

Wie stellt es mit den Aussichten der Frühjahrsbelegung? Unsere Tabelle zeigt für die Vorjahre ein rasches Absinken der Ziffer im März und April. 1932 sind die Aussichten für ein solches Absinken viel geringer, wenn keine Schwankung in der Wirtschaftspolitik erfolgt.

Das Steigen der Arbeitslosigkeit ist in diesem Winter in weit stärkerem Maße als in früheren Wintern auf Verschlechterung der Konjunktur zurückzuführen. Von dem Zuwachs der Arbeitslosigkeit von Ende September bis Mitte Februar entfielen auf

	saisonabhängige Berufe (Landwirtschaft, Steine und Erden, Baugewerbe, Lohnarbeit wechselnder Art)		übrige Berufe	
	in 1000	in %	in 1000	in %
1929-30	1245	62,3	752	37,7
1930-31	1056	53,1	931	46,9
1931-32	878	49,5	891	50,5

Im gleichen Maße, wie die Saisonbewegung bei der Zunahme der Arbeitslosigkeit im Winter an Bedeutung verloren hat, wird sie natürlich im Frühjahr als Entlastungsfaktor an Bedeutung verlieren. Die konjunkturelle Verschlechterung kann durch Saisonbelegung nicht wettgemacht werden.

Welche Kräfte sollen die Saisonbelegung überhaupt tragen? Die Landwirte werden sehr sparsam sein mit der Einstellung von Arbeitskräften. Baugewerbe und Baustoffindustrien liegen tot. Zur Zeit der strengsten Kälte im Januar 1929 waren 493 000 Bauarbeiter arbeitslos; Ende Januar 1932 waren es 617 000!

Ferner: Die durchschnittliche Arbeitszeit in der Industrie ist auf sechseinhalb Stunden pro Tag gesunken. Eine etwaige Saisonbelegung wirkt sich erfahrungsgemäß zunächst in einer Verlängerung der Arbeitszeit aus, nicht in der Neueinstellung von Arbeitern. — Es ist eine Aufgabe für die Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß in diesem Jahre möglichst weitgehend andere Erfahrungen gemacht werden.

Die einzige Entlastung erfährt der Arbeitsmarkt zur Zeit durch Folgeerscheinungen des Weltkrieges. Die Kriegsjahrgänge, die jetzt dem Arbeitsmarkt zufließen, sind an Zahl schwächer als die Jahrgänge, die durch Tod und Alter ausscheiden. Der Gesamtbestand an Arbeitskräften, die als Arbeitnehmer in Frage kommen, vermindert sich in den Jahren 1930 bis 1933 um etwa 300 000. In den Jahren 1926 und 1927 überstieg der jährliche Zustrom den Abgang um 400 bis 500 000. Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes, wenn auch dieser Zuwachs noch auf ihm lastete, wagen wir uns gar nicht auszudenken.

Die Ueberschriften kapitalistischer Blätter „Gebesselter Arbeitsmarkt“ sind nichts als Sand in die Augen. Die Lage bessert sich nicht von selber! Sie ist nach wie vor bitter schwer.

Aber sie ist nicht verzweifelt, wenn die Gewerkschaften auf dem Krisenkongreß ein richtiges Programm zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit aufstellen und wenn sie dann — nach den Worten von Leipart „ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben; denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuseuchen. . . . Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.“ Rpt.

DEUTSCHLAND

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 9. März den Diskontsatz von 7 auf 6 Prozent und den Lombardsatz von 8 auf 7 Prozent ermäßigt.

Getreidevorräte. Erhebungen des Deutschen Landwirtschaftsrates ergeben, daß die Vorräte an Brotgetreide in Deutschland am 15. Februar 1932 um rund 900 000 Tonnen unter dem Vorjahrsstand lagen. Es wird erwartet, daß entweder der Vormahlungsdruck für inländischen Weizen hinuntergesetzt — er steht jetzt auf 97 Prozent — oder der Zoll von 250 Mark auf 180 Mark verringert wird.

Der Bauindex betrug am 10. Februar 1932: 123,3, der Baustoffindex 112,5. — Beide Indexziffern halten sich also noch hoch über Vorkriegsstand.

Der Kohlenabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats ist im Februar weiter zurückgegangen: auf arbeitstäglich 157 000 t gegen 169 000 t im Januar. Der Absatz in dem unbestrittenen Gebiet fiel von 92 000 t im Vormonat auf 88 000 t und der Absatz in das bestrittene Gebiet von 77 000 t auf 69 000 t.

Der Personalstand der Reichsbahn verminderte sich, infolge der Durchführung erneuter Sparmaßnahmen, während des Monats Januar von 628 000 auf 610 000.

Im Hamburger Hafen liegen 750 000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum fest, das sind 130 000 Tonnen mehr als vor vier Wochen. Es handelt sich um 175 Schiffe, davon 160 deutsch mit 670 000 Tonnen.

Akzept- und Garantie-Bank A.-G.

In der am 8. März abgehaltenen Generalversammlung wurde beschlossen, daß die Bank in Zukunft nicht nur, wie bisher, Stützungs-geschäfte tätigen, sondern auch Kredite an Banken und Kreditinstitute aller Art gewähren darf. Die Bank wird also anderen Banken die Möglichkeit eröffnen, ihren Kunden Kredite zu geben, auch in Fällen, in denen die Reichsbank diese Kredite nicht ermöglichen würde. Das bedeutet eine Erleichterung des Kredits, genau wie die Herabsetzung des Diskontsatzes von 7 auf 6 Prozent, und wir haben dazu genau das Gleiche zu sagen, wie zu dieser Diskontsenkung: So lang die Kredite vorwiegend zur Stützung von Großgrundbesitz und Schwerindustrie, und zur Verhinderung oder Verzögerung von Bankrotten benutzt werden, wenden wir uns gegen die Politik der Kreditloichterung, gerade im Interesse der Wiederankurbelung der Wirtschaft.

Der Name der Bank ist verändert worden; sie heißt jetzt „Akzeptbank A.-G.“. Aus dem Aufsichtsrat schied unter anderem der preußische Finanzminister KLEPPER aus; an seine Stelle tritt Ministerialdirektor HEINZE vom Reichswirtschaftsministerium. Auch hier wieder eine Ausschaltung Preußens!

Russenkredite.

Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, den mit der Sowjetunion arbeitenden Industriefirmen einen weiteren Rediskontkredit von 120 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, im Rahmen der Reichsgarantie von 1 Milliarde Mark.

Ueber diese Summe hinaus will die Reichsregierung keine neuen Garantien übernehmen. Dagegen hat sie sich damit einverstanden erklärt, daß die in diesem Jahre aus Sowjetrußland hereinkommende Summe von 400 Millionen Mark den Firmen, die weitere Aufträge aus der Sowjetunion erhalten in Form eines Rediskontkredits zur Verfügung gestellt wird.

Die andere Seite der Bankensanierung.

Die im Rahmen der Bankensanierung bevorstehende Zusammenlegung von Danat-Bank, Dresdner Bank, Barmer Bankverein, sowie Commerz- und Privatbank bedeutet in Rheinland-Westfalen für besonders viele Bankangestellte Verlust ihrer Stellung, Arbeitslosigkeit — Hunger. Der Barmer Bankverein und die Commerz- und Privatbank treffen sich in Rheinland-Westfalen an 13 Plätzen, die Dresdner